

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

25.10.1923 (No. 245)

Badischer Beobachter

Verlagspreis (freibleibend) ...
Anzeigenpreis ...
Abbestellungsbedingungen ...

Anzeigenpreis ...
Abbestellungsbedingungen ...

Verlags- und Vertriebsleiter: ...
Hauptverleger: ...
Redaktion: ...

Die Pfalz zum autonomen Staat von Frankreichs Gnaden erklärt.

Eine französische Erklärung.

Manheim, 24. Okt. (Drath. Telunion.) Die Pfälzische Rundschau in Ludwigshafen teilt uns mit: In der Sitzung des Kreistages der Pfalz, der heute vormittag um 11 Uhr zusammentrat, hat nach der Eröffnungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden, der Vertreter der Rheinlandkommission, Major Luis das Wort zu folgenden offiziellen Erklärungen genommen:

In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht anzuhalten kann, um schließlich die allerersten moralischen und materiellen Interessen der Pfälzler zu gefährden, und in Anbetracht der fernliegenden und gefährlichen Lage in Bayern, ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Die provisorische Regierung der Pfalz verpflichtet sich feierlich gegenüber der internationalen Rheinlandkommission zur Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Pflichten, welche zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind.

Der Vorsitzende des Kreistages erklärte hierauf dem Vertreter der Rheinlandkommission, daß er heute nachmittags um 4 Uhr dem Herrn General die Entschiedenheit des Kreistages übermitteln werde. Der Beschluß der heute verlesenen Worte ist durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeister Leo von Ludwigshafen, Rechtsanwältin Wagner (Ludwigshafen) und der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann (Kaiserslautern) als Führer der sozialdemokratischen Partei mit dem General de Meck geführt hatten. Als Ergebnis, daß alle tief erschütterten sind von dieser Erklärung und schlage vor, die Verhandlungen zu unterbrechen und den Parteien Gelegenheit zu Verhandlungen zu geben.

Der pfälzische Kreistag lehnt ab.

Manheim, 24. Okt. Nachdem sich die Parteien des Kreistages in Speyer mit der Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission beschäftigt hatten, wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zunächst verlas der Vorsitzende nochmals die Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission und bemerkt, daß der Kreistag nach den geltenden Bestimmungen des § 18 der Reichsverfassung in der vorliegenden Frage in keiner Weise zuständig sei; der Antrag solle für den Kreistag vorläufig als erledigt. Der Vorsitzende verlas darauf eine ihm vorher zugekommene Mitteilung, daß in der Nacht von gestern auf heute das Reichsministerium sowohl wie die bayerische Regierung sich eingehend mit der Frage beschäftigt haben. Die Reichsregierung wie die bayerische Regierung haben die Bildung eines neuen Staates in pfälzischer Form als Landeserrat angewiesen. (Stimmliche Zustimmung im Saale wie auf den Tribünen.) Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Später fanden Besprechungen zwischen Vertretern verschiedener Korporationen mit General de Meck statt.

Politische Besprechungen in Hagen.

Berlin, 25. Okt. Wie die U. U. erfährt werden am heutigen Donnerstag wichtige politische Besprechungen in Hagen, an denen Reichsminister Dr. Stresemann, der Minister für die besetzten Gebiete Fuchs und Innenminister Sollmann teilnehmen werden, stattfinden, die sich bereits gestern abend dortin begeben haben. An den Besprechungen werden sämtliche politischen Parteien des alt- und neubestehenden Gebiets mit führenden Persönlichkeiten vertreten sein. Auch die Vertreter der Berufsstände aus dem besetzten Gebiet werden in Hagen erwartet. In die vertraulichen Besprechungen wird sich eine öffentliche Versammlung anschließen, in der Dr. Stresemann und Innenminister Sollmann das Wort ergreifen werden.

Die deutsche Regierung stellt dabei an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrags in eine Prüfung der Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen, sowie ihre Maßnahmen zur Sonderung des Budgets und Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, beehre ich mich hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die Reparationskommission die technischen Vorschläge der königlich belgischen Regierung zur Regelung der Reparationen in ihre Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen der Reparationskommission demnächst mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Die französische Autonomieerklärung der Pfalz.

Manheim, 24. Oktober. In den Vorgängen in der heute Mittag abgehaltenen Sitzung des Kreistages der Pfalz, in welcher, wie gemeldet, der Vertreter der internationalen Rheinlandkommission, Major Luis, die Pfalz für autonom erklärte, werden nun folgende Einzelheiten berichtet:

Vor der Erklärung des französischen Generals hatte der stellvertretende Vorsitzende des Kreistages, Oberbürger Dr. Weversdorfer, an den General die Bitte gerichtet, die Angelegenheit baldigst freizulassen und die Ausgewiesenen wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Nachdem dann der französische General seine Erklärung vorgelesen hatte, verabschiedete er sich, worauf die Kreistagsitzung auf kurze Zeit unterbrochen wurde.

Nach dem Wiederauftritt erhielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Kreistages das Wort. Er stellte die Anfrage, ob der Kreistagsabgeordnete Johann Hoffmann-Kaiserslautern, der frühere bayerische Ministerpräsident, hier mit dieser Erklärung in Verbindung stände, im Hinblick das Wort zu näheren Erläuterungen der Angelegenheit ergreifen würde, die zu dieser Erklärung des Generals geführt haben. Bei der Abstimmung wurde aber mit einer Mehrheit von 13 Stimmen Hoffmann das Wort verweigert.

Das ungelöste Reparationsproblem

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

Berlin, 25. Okt. Die Note, welche am gestrigen 24. Oktober der Reparationskommission in Paris durch die deutsche Regierung übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrreviers die Reparationslieferungen an die an der Besetzung beteiligten Mächte eingestellt habe. Die Reparationskommission hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die früheren Anträge der deutschen Regierung auf eine Neuregelung der Reparationsfrage als hinsichtlich betrachte und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 in Kraft blieben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Bevölkerung der besetzten Gebiete aufgefordert hat, den passiven Widerstand aufzugeben und nach dem sie die im Zusammenhang damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen ausgeführt hat, hat sie auch ihre Entschiedenheit über die Einstellung der Reparationslieferungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinsichtlich geäußert. Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, Leistungen des Versailler Vertrags an diese Mächte wieder anzuknüpfen. Andererseits haben jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der Lieferungen aus dem Versailler Vertrag erforderlich sind. Seit den Vorschlägen der deutschen Regierung vom 14. bis 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrreviers und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlands und Ruhrreviers von Deutschland eine grundlegende Veränderung in den Hilfsmitteln und der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und Finanzen bereits am 11. August 1923,

Der Widerstand gegen die Sonderbündler.

Wiesbaden, 24. Okt. Die Sonderbündlerbewegung ist in Wiesbaden und der weiteren Umgebung merklich abgeklungen. Sie hat jede Bedeutung verloren. Auch in Mainz ist heute alles ruhig und die Stimmung der Bevölkerung ist zufrieden. Die Geschäfte haben zum Teil wieder geöffnet. Überall wird wieder gearbeitet.

Bonn, 25. Okt. Die Lage in Bonn wird in nachgebenden deutschen Kreisen als durchaus günstig beurteilt. Man erwartet das Ende des Rutes der Sonderbündler in Bonn für den heutigen Donnerstag. Die Entscheidung hängt davon ab, ob Kira, der Führer der Bonner Beförderung, dem Wunsch der Besetzung zustimmt und den Befehl zur Zurückziehung der französischen Truppen erteilt. Dann hofft man, mit den Separatisten schnell fertig zu werden und Rechtszustände in Bonn wieder herzustellen.

Düren, 24. Okt. In Düren haben die Sonderbündler gestern durch Übermacht die Polizei entwaffnet. Die Kontrolle der öffentlichen Gewalt wird von ihnen ausgeübt. In der Stadt ist es ruhig. In Düren befindet sich auch das Armeekommando der Sonderbündler. In Düren sind auch Dörten und Matthes anwesend.

Verworrene Lage.

Die Weiterentwicklung des bayerischen Falls. — Widersprüche in Sachsen. — Die Verhandlungen im Rheinland mit den Franzosen gescheitert. — Eine autonome Rheinpfalz?

Zur Zeit ergreift man sich zwischen Bayern und der Reichsregierung in juristischen Auslegungsbewerben bezüglich der Reichsverfassung. Das ist natürlich ein unerquicklicher Streit, durch den niemand und nichts gefördert wird. Es ist übrigens ganz klar, daß Bayern gar nicht gewillt war, juristische Zwirnsfäden zu beachten und man sollte daher uneres Erachtens in Bayern ebrlich genug sein, um sich nicht mit in jedem Fall misslungenen Rechtfertigungsversuchen gegenüber der Reichsverfassung abzugeben. Der Schritt Bayerns, der inzwischen durch Verdrückung der Reichswehr auf die bayerische Staatsregierung als die „Treuhandern des deutschen Volkes“ noch verstärkt wurde, war lange vorbedacht und liegt in seiner inneren Geheimerheit zur Weimarer Verfassung. Bayern sollte sich dabei nicht den Ansprüchen der Treue gegen die Verfassung geben wollen, die es immer bekämpft hat, seitdem sie auch von den bayerischen Abgeordneten im Reichstag angenommen worden ist. Im übrigen ist Bayern isoliert; kein anderer deutscher Staat schließt sich ihm an. Die etwas gekünstelte bayerische Parole „gegen den Marxismus“, die das Vorgehen Bayerns auch für andere ansiehender machen soll, hätte nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn man damit sagen wollte, das Deutsche Reich könne sein Wohl nicht von der

Der Wille zur Verständigung.

Der bayerische Konflikt und die Ministerpräsidenten der Länder.

Berlin, 25. Okt. Der Antrag Württembergs auf Beilegung der bayerischen Frage in einer Sitzung des Reichsrats, die daraufhin auf gestern nachmittags fünf Uhr einsetzte, wurde wegen, wurde im Laufe des gestrigen Nachmittags zurückgezogen. Anstelle der geplanten Reichsratsitzung fand aufgrund eines neuerlichen Antrags Württembergs eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichskanzlei statt. Der bayerische Gesandte v. Freger legte die bayerische Auffassung über die Krise dar und des mit der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes und der Ernennung des bayerischen Generalsausnahmekommissars begangenen Konflikts zwischen Bayern und dem Reich in ausführlicher Rede dar und brachte anschließend zum Ausdruck, daß Bayern durch aus reichstreu sei und daß es aber den Wunsch nach einer Milderung der Ueberpannung des unläslichen Gedankens

in der Reichsverfassung habe, der der Ursprung von Konflikten schon mit verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei.

Darnach ergriff Reichsminister Dr. Stresemann namens der Reichsregierung das Wort und legte die Gründe dar, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung veranlaßt haben, noch am Tage der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes den Reichsausnahmefall zu erklären. Die Ernennung einer Personlichkeit wie die des Herrn v. Kahr zum bayerischen Generalsausnahmekommissar habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsabwärtige Kreise in anderen Teilen des Reichs ihre Stühle für gekommen hielten und zu Gewalttätigkeiten verleitet würden. Dieser Gefahr sei der Reichsausnahmefall als vorbeugendes Mittel entgegengestellt worden. Der Reichsminister ging dann seinerseits ausführlich auf die Entstehungsgeschichte des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich ein und hob bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung in ihrem Bestreben nach Beilegung des Konflikts bis zur Grenze des Möglichen gegangen sei. Ebenso wie der Gesandte v. Freger den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, einen Weg zur Beilegung des Konflikts zu finden, ebenso wünsche die Reichsregierung, daß es gelingen möge, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich herbeizuführen. In dem von dem Gesandten v. Freger vorgebrachten Verlangen Bayerns nach einer Herabminderung der Ueberpannung des unläslichen Gedankens wies der Reichsminister auf die von ihm wiederholt öffentlich betonten Absichten der Reichsregierung betreffs der Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder auf finanziellen und steuerlichen Gebiet hin. Bayerns freie, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen und es sei wohl möglich, daß es dabei auf die Zustimmung anderer Länder rechnen könne. Verbindung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

Im Anschluß hieran gab Staatspräsident Dr. Sieber dem Wunsch Ausdruck, daß sich das Reich und Bayern im Benehmen sehen möchten, um schnellstens normale Verhältnisse herbeizuführen. Der Reichsminister erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen, um mit Bayern eine Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage größerer Selbstständigkeit der Länder zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu gehen sei. Endlich legte die Reichsregierung gewiß, sobald es die Verhältnisse irgendwie gelassen, den Reichsausnahmefall vollständig aufheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Erfüllung gewisser sozialdemokratischer Programmforderungen abhängig machen und es sei Zeit, daß man in bezug z. B. auf die Arbeitszeit allerorten die Konsequenzen aus der katastrophalen Wirtschaftslage ziehe. Aber daß man jetzt hingehet und alle deutschen Länder, die sich nicht hinter Bayern stellen als marxistisch regiert verdächtigt, wie es insbesondere in der deutschnationalen Presse geschieht, ist albern und kann Bayern aus seiner Isoliertheit erst recht nicht herausbringen. Es wird sich zeigen, ob die Besprechungen im Reichstag, zu denen der bayerische Ministerpräsident v. Krieger nicht selber ging, sondern den bayerischen Gesandten von Freger schickte, zu einer Verständigung führen wird; ansonsten wäre Bayern zu einem Entgegenkommen bereit, wenn bezüglich einer mehr föderalistischen Ausgestaltung der Reichsverfassung Zugeständnisse gemacht würden. Hier ist ein Punkt, der auch in anderen deutschen Staaten ein Echo fände; aber selbstverständlich wäre das eine Aufgabe, nicht für jetzt, sondern für die Zukunft. Jetzt gibt es dringendere Aufgaben.

Daß die Reichsregierung in den letzten Tagen immer glücklicher operiert hätte, könnte man nicht sagen. In Sachen sind die Reichswehrtruppen eingedrückt, um gegenüber putschlästernden Infraktionellen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Viele Sachen, auch nichtsozialdemokratischer Herkunft, meinen, das wäre nicht notwendig gewesen, denn so habe es in Sachen doch nicht ausgefallen. Wie dem auch sei, jedenfalls war es von dem Innenminister Sollmann (soz.) in Berlin äußerst ungeschickt, dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Ziegler in einem Privatbrief zu schreiben, die Reichswehr käme zum Schutz Sachsens gegenüber der bayerischen Reaktion. Der Erfolg ist der, daß man in Sachsen auf das Widerstreben zwischen diesem Brief Sollmanns und der Proklamation des Generals von Müller für das sächsische Wehrkreiskommandogebiet hinweist und mit Recht kein Vertrauen mehr zur Reichsregierung hat. So etwas darf in solchen Zeiten und überhaupt nie passieren. Das ist mehr als ein Regierfehler. Hier haben selbstverständlich alle Leute sofort ein, die der Meinung sind, die gegenwärtige Reichsregierung, zusammen mit dem obersten General der Reichswehr, von Seekt, sollte gehen. Als bald wird man auch darauf hinweisen, daß eine parlamentarische Regierung die unbedingt notwendige Einheitlichkeit der Aktion vermissen lasse und daher schwierigen Lagen nicht gewachsen sei. Solche Streiche sollen übrigens dann und wann auch einmal unter dem alten Regime vorgekommen sein. In normalen Zeiten sind sie aber nicht so bedenklich, wie heute, wo alles schwankt und von außen und innen Gefahren beschworen werden sollen.

Wie sich aus einer Rundgebung der sozialdemokratischen Pfälzler, wo erobert, handelt es sich dabei weniger um eine französische Aktion als um eine gegen Bayerns Vorgehen gerichtete Aktion der sozialdemokratischen Partei in der Pfalz. Die sozialdemokratische Parole heißt: „Mit Bayern für das Reich: Ja! — mit Bayern gegen das Reich: Nie!“ Wie das Blatt weiter schreibt, soll die Erklärung der Autonomie der Rheinpfalz den Zweck verfolgen, die Rheinpfalz dem Deutschen Reich zu erhalten, die sonst durch die Bemühungen der Separatisten für das Reich schwer gefährdet wäre. So weit hat es Bayern mit seiner rechtsfähigen Politik gebracht; es gefährdet seinen eigenen staatlichen Bestand! Im übrigen ist die Politik der Pfälzer Sozialdemokraten nicht ganz unbedenklich, wie man schon daraus sieht, daß sich ansonsten die französisch orientierte Rheinlandkommission liebvolll der Sache annimmt. Hat v. Kahr an diese Möglichkeit nicht gedacht oder liegt der bayerischen Regierung nichts mehr an der Pfalz? Beides ließe tief blicken bezüglich des Weltbilds der regierenden Kreise in Bayern.

Wie sich aus einer Rundgebung der sozialdemokratischen Pfälzler, wo erobert, handelt es sich dabei weniger um eine französische Aktion als um eine gegen Bayerns Vorgehen gerichtete Aktion der sozialdemokratischen Partei in der Pfalz. Die sozialdemokratische Parole heißt: „Mit Bayern für das Reich: Ja! — mit Bayern gegen das Reich: Nie!“ Wie das Blatt weiter schreibt, soll die Erklärung der Autonomie der Rheinpfalz den Zweck verfolgen, die Rheinpfalz dem Deutschen Reich zu erhalten, die sonst durch die Bemühungen der Separatisten für das Reich schwer gefährdet wäre. So weit hat es Bayern mit seiner rechtsfähigen Politik gebracht; es gefährdet seinen eigenen staatlichen Bestand! Im übrigen ist die Politik der Pfälzer Sozialdemokraten nicht ganz unbedenklich, wie man schon daraus sieht, daß sich ansonsten die französisch orientierte Rheinlandkommission liebvolll der Sache annimmt. Hat v. Kahr an diese Möglichkeit nicht gedacht oder liegt der bayerischen Regierung nichts mehr an der Pfalz? Beides ließe tief blicken bezüglich des Weltbilds der regierenden Kreise in Bayern.

Wie sich aus einer Rundgebung der sozialdemokratischen Pfälzler, wo erobert, handelt es sich dabei weniger um eine französische Aktion als um eine gegen Bayerns Vorgehen gerichtete Aktion der sozialdemokratischen Partei in der Pfalz. Die sozialdemokratische Parole heißt: „Mit Bayern für das Reich: Ja! — mit Bayern gegen das Reich: Nie!“ Wie das Blatt weiter schreibt, soll die Erklärung der Autonomie der Rheinpfalz den Zweck verfolgen, die Rheinpfalz dem Deutschen Reich zu erhalten, die sonst durch die Bemühungen der Separatisten für das Reich schwer gefährdet wäre. So weit hat es Bayern mit seiner rechtsfähigen Politik gebracht; es gefährdet seinen eigenen staatlichen Bestand! Im übrigen ist die Politik der Pfälzer Sozialdemokraten nicht ganz unbedenklich, wie man schon daraus sieht, daß sich ansonsten die französisch orientierte Rheinlandkommission liebvolll der Sache annimmt. Hat v. Kahr an diese Möglichkeit nicht gedacht oder liegt der bayerischen Regierung nichts mehr an der Pfalz? Beides ließe tief blicken bezüglich des Weltbilds der regierenden Kreise in Bayern.

Wie sich aus einer Rundgebung der sozialdemokratischen Pfälzler, wo erobert, handelt es sich dabei weniger um eine französische Aktion als um eine gegen Bayerns Vorgehen gerichtete Aktion der sozialdemokratischen Partei in der Pfalz. Die sozialdemokratische Parole heißt: „Mit Bayern für das Reich: Ja! — mit Bayern gegen das Reich: Nie!“ Wie das Blatt weiter schreibt, soll die Erklärung der Autonomie der Rheinpfalz den Zweck verfolgen, die Rheinpfalz dem Deutschen Reich zu erhalten, die sonst durch die Bemühungen der Separatisten für das Reich schwer gefährdet wäre. So weit hat es Bayern mit seiner rechtsfähigen Politik gebracht; es gefährdet seinen eigenen staatlichen Bestand! Im übrigen ist die Politik der Pfälzer Sozialdemokraten nicht ganz unbedenklich, wie man schon daraus sieht, daß sich ansonsten die französisch orientierte Rheinlandkommission liebvolll der Sache annimmt. Hat v. Kahr an diese Möglichkeit nicht gedacht oder liegt der bayerischen Regierung nichts mehr an der Pfalz? Beides ließe tief blicken bezüglich des Weltbilds der regierenden Kreise in Bayern.

Innere Politik.

Ein neuer Schritt der Reichsregierung.

Wie man uns aus Berlin mitteilt, wird die Reichsregierung, nachdem der Versuch, mit Frankreich die Dinge im Ruhrgebiet und am Rhein zu beordnen, gescheitert ist, einen neuen Schritt in Gestalt einer, an die Reparationskommission, also an die Gesamtkommission der alliierten Mächte gerichteten Note unternehmen. In dieser Note spricht Deutschland erneut seine grundsätzliche Bereitschaft zu Reparationszahlungen aus, erklärt aber, daß ihm gegenwärtig alle Mittel zu Zahlungen und Leistungen fehlen. Deutschland richtet das Ersuchen an die Reparationskommission, Verhandlungen über diese Frage in die Wege zu leiten, und Borkerungen zur Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu treffen. Das Ersuchen um die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit ist eines der wenigen bestehenden Rechte, die Deutschland durch den Friedensvertrag zugestanden sind.

Immer wieder Illusionen.

Zu Beginn des Wintersemesters wendet sich der Deutsche Hochschüler an die Studenten mit folgendem, den Tatsachen keineswegs gerecht werdenden Aufruf:

Über den beginnenden Semester weht die weiße Flagge der Kapitulation an der Ruhr und die schwarze Flagge der Trauer aller vaterlandsliebenden Kreise. Zum zweiten Male hat in verlebter Hoffnung auf Verständigung mit dem Todfeinde unseres Vaterlandes das deutsche Volk selbst sich seiner letzten Waffe der Selbstverteidigung beraubt. Nachdem Versailles das Deutsche Reich verarmt und durch tödliche Wunden zum Verfall gebracht hat, sind Teile unseres Volkes, den letzten Rest der Ehre und Lebensnotwendigkeiten einer Nation verloren haben, daran gegangen, das deutsche Volk des einzigen Gutes... Erhebung und Befreiung zu berauben. Sie machten eine bloße politische Streikhandlung aus einer opferbereiten und von bewegendem Trotz erfüllten Freiheitsbewegung. In langsam zunehmender Arbeit zermürbten sie den Freiheitswillen der Nation und ließen sie einknickend mit der Begründung, daß sich die Streikfrage gelöst habe, der Gnade und Langmut des Feindes aus. Der Feind hat die Antwort gegeben, die alle zu erwarten war: der deutsche Widerstand und die deutsche Freiheit sollen im Feindesland bleiben und das Volk der Herren des Widerstandes muß aus dem verarmten deutschen Volk herausgedrückt werden, um die Kriegsführung des Tyrannen zu vollenden und die Herrschaft unseres Volkes zu einem Dauerzustand zu erheben. Kommisionen! Wie und immer wird Deutschlands akademische Jugend diesen Weg ewiger Sklaverei mitgehen! Wir haben nach dem Zusammenbruch unsere Aufgabe in der geistigen und körperlichen Erziehung gesehen und dieses Ziel unter den bittersten Entbehrungen zu erreichen gesucht. Die Stunde wird kommen, da es gilt zu zeigen, daß diese Arbeit nicht vergeblich gewesen ist, daß eine eiserne Zeit auch ein eisernes Junges Geschlecht vorfindet, das für die Freiheit und Ehre unseres Vaterlandes zum letzten Opfer, zur Darbringung des eigenen Lebens bereit ist.

Der Vorsteher des Deutschen Hochschülerrates kennt die politischen und wirtschaftlichen Tatsachen, wie dieser Aufruf zeigt, viel zu wenig, als daß er berufen wäre, sich mit einem solchen Aufruf an die Studenten zu wenden. Eine gesunde Einstellung auf die Zukunft muß vor allem die Tatsachen der Gegenwart und der Vergangenheit klar ins Auge fassen. Gerade das fehlt aber diesem Aufruf. Der Waffenstillstand 1918 wurde nicht in Verblendung geschlossen, sondern weil die militärischen Sachverständigen Ludendorff und Hindenburg verlangten, daß er abgeschlossen werde, da die Front nicht mehr gehalten werden konnte. Der Vertrag von Versailles wurde nicht etwa unterschrieben, weil wir Vertrauen zu unseren Gegnern hatten, sondern weil uns nach dem verlorenen Krieg nichts anderes übrig blieb. Niemand wollte die Verantwortung für das Nichtunterzeichnen übernehmen, vor allem die nationalpolitischen Kreise nicht. Und der passive Widerstand im Ruhrgebiet wurde auch nicht aufgegeben in verlebter Hoffnung auf Verständigung, sondern weil wir das Geld nicht mehr aufbrachten für Weiterführung des passiven Widerstandes und weil dieser immer wirkungsloser wurde. Nur wer

Der Kaplan von Heiligenberg.

10) Roman aus der Zeit des Kulturkampfes von Subertus-Kraft Graf Strachwitz.

Zu dem Abendessen waren sechs Herren geladen, unter ihnen Graf Heinrich Lannenberg und Pfarrer Sender aus Heiligenberg. Außerdem waren der Superintendent Schneider, der Kreisinspektors Klink und zwei Rittergutsbesitzer anwesend, der eine ein Freiherr v. Söllinghausen, von altem katholischen Adel, der andere ein Herr Orloff, ein reichgeworbener Spekulant, der durch den kürzlich erfolgten Ankauf eines Rittergutes seine Eigenschaft als Emporkömmling zu verbergen suchte. Eine eigentümlich zusammengesezte Gesellschaft, wenn man die sonstige Gewohnheit des Herrn Landrates in Betracht zieht, nur Persönlichkeiten miteinander in Verbindung zu bringen, die gesellschaftlich harmonieren. Noch nie hatte ein Graf Lannenberg mit dem Schulmann beim Landrat seine Füße unter ein und denselben Tisch gesetzt, noch nie war es dem Emporkömmling gelungen, in die Elite der Gesellschaft eingeführt zu werden. Pfarrer und Superintendent trafen dagegen öfter zusammen um so mehr als die beiden Herren aus jener Zeit stammten, in der die Konfessionen in der Provinz so nahe aneinandergerückt waren, daß die geistlichen Herren sich gegenseitig in Verbindung mit dem weltlichen Komman hierher verkehrt war, fühlte sich sehr gehoben, moegen der Baron v. Söllinghausen nicht recht wußte, was er hier sollte. Waagte es der Landrat, ihn, den altabdtigen Herrn, bei einer solchen Gelegenheit abzusitteln, vielleicht, weil er sich in schwieriger finanzieller Lage befand und weil er dem Staat einen Teil seines Besitzes notgedrungen zum Verkauf angeboten hatte?

das weiß und im Auge behält, steht auf dem festen Boden, von dem aus Vorschläge für die Zukunft einen Wert haben. Wer das nicht im Auge behält, bleibt in der Illusion und in der Phrasen Reden. Und davor möchten wir vor allem die deutsche akademische Jugend bewahren wissen. Ein eisernes Geschlecht kann nur an den eisernen Tatsachen herangebildet werden.

Wir wollen nicht falsch verstanden werden. Die Politik der französischen Machthaber Deutschland gegenüber kann auf jeden deutschen Mann nur eine Wirkung haben: Empörung über die bloße Gewalt, die man uns zu Unrecht antut und den Entschluß, mitzubekommen, daß das deutsche Volk trotz allem wieder moralisch und wirtschaftlich stark wird, um dieses Unrecht stark zurückweisen zu können. Das ist allerdings eine etwas schwerere und langwierigere Aufgabe, als wenn man sich in irgend eine Gruppe einreicht, die Exzerzier- und Gekochsübungen macht. Aber wir sind überzeugt, die deutsche Jugend, die nicht von Illusionen lebt und die moralische Kraft an erste Stelle setzt statt bloßer Kraftmeierei, die wird die große Aufgabe bewältigen, die Deutschland von ihr erwartet.

Aufhebung eines kommunistischen Waffenlagers.

Stuttgart, 23. Oktober. Der Polizeidirektion Ehlingen ist es gelungen, in der vergangenen Nacht in Sulzgraben ein großes kommunistisches Munitionslager auszuheben. Es wurden große Mengen Sprengstoffe und viele Sandgranaten vorgefunden. Der Sprengstoff stammt aus einer Wanstfabrik. Die Sandgranaten wurden im Hause selbst hergestellt. Der Hauptverdächtige ist flüchtig geblieben. Die kriminelle Untersuchung des Falles ist eingeleitet.

Ausland.

Aufstandsbewegung in Griechenland.

Paris, 24. Okt. Die griechische Gesamtheit veröffentlicht folgende Mitteilung aus Athen: In den Garnisonen Patras, Chalcis, Drama und Verria ist ein Aufstand ausgebrochen. Die anderen Garnisonen, die der Zahl nach etwa 8 betragen, sind der Regierung treu geblieben. Alle Anführer haben ausnahmslos ihren einmütigen Willen bekundet, die gegenwärtige Regierung zu unterstützen. Die Marine ist ebenfalls treu geblieben. Die politische Partei des Herrn Beimis, die Liberalen, sowie die republikanische Partei haben die Aufstandsbewegung, die von Anhängern des Generals Metaxas ins Werk gesetzt zu sein scheint, verurteilt. Die Regierung ihrerseits hat Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes entsandt und man glaubt, daß der ganze Aufstandsbewegung ein sicherer Mißerfolg beschieden sein wird. In Chalcis hat eine erste Begegnung zwischen den Rebellen und den regulären Truppen, die ihnen den Weg verbarrikadierten, stattgefunden. Es heißt, daß die Aufständischen geschlagen wurden, jedoch fehlen genaue Einzelheiten. Andererseits wird mitgeteilt, daß die Polizei in Athen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen hat.

Masaryks und Beneschs Mission in London.

Bedeutung des englischen Interesses für das bedrohte Mittel Europa.

Prag, 24. Okt. Nach den gestern abend aus London vorliegenden Berichten war auch der Londoner Aufenthalt des Präsidenten Masaryk und des Außenministers Benesch politische Unterhandlungen gewidmet. Da unmittelbar tschechische Interessen nicht in Frage stehen, kann es sich nur darum handeln, angefaßt der starken Zurückhaltung der englischen Diplomatie das Interesse für das durch den Zusammenbruch Deutschlands bedrohte Schicksal MittelEuropas neuerdings zu wecken. Präsident Masaryk hat am Montag eine Stunde lang mit Lord Curzon verhandelt und nachher den ersten Delegierten Englands im Völkerbund, Lord Robert Cecil empfangen. Dr. Benesch hat gestern an der Seite nach Oxford nicht teilgenommen, um Zeit

Graf Heinrich Lannenberg wunderte sich wenig. Er stand dem Landrat nahe, wußte von der Verschwörung und hatte auch den Pfarrer Sender unterwies in seinem Wagen ein wenig instruiert. Sender war eine auffallende Erscheinung, groß und stark, im sechzigsten Lebensjahre lebend, mit einem majestätischen Haupt, das von langgestrichelten weißen Haaren umschattet wurde. Ein Stiernand prägte sich unter dem schwarzen Rockfranz, ein dreieckiges Gesicht wie Luther, dunkle helle Augen und Vorhaken statt der Brauen, wie bei Bismarck. Die glattstrahlenden Lippen lagen um einen kauftätigen Mund, das Unterkinn rollte über dem weichen Kragen mehrfach hin. Um den Hals war ein altmodischer, schwarzer Knoten über den weichen Westen ausknipt geschlungen. Ein weißflügeliger, schwarzer Gehrock umschloß seine starke Figur. Eine selbständige Persönlichkeit, die sich wenig nach Vorschriften und Anordnungen richtete. Wurde er einmal gefragt, wie er etwas machen würde, so erklärte er stets: wie er wollte.

Pfarrer Sender war eben in einer Zeit herangewachsen, in der ein ausgeprägter religiöser Individualismus herrschte und eine übertriebene gegenwärtige Duldsamkeit, die zu einer vollständigen Verkennung des Wortes „Toleranz“ führte. In jenen Zeiten gab es wirklich in der Mitte des Jahrhunderts katholische Pfarrer, die sich von den evangelischen Amtsbildern vertreten ließen und umgekehrt. Er entkam einer altpreussischen Beamtenfamilie, in der die Autorität des Staates über alles ging, auch über die Idee des internationalen Weltkirchentums. Er faßte sein Pfarramt als staatliches Amt auf und vergaß die eigentliche übernatürliche Aufgabe des Priestertums. So konnte man seine Anschauungen immerhin erklären. Solche Pfarrer waren die Freude der Staatsregierung, die Hoffnung Bismarcks und die Stütze seines Krabanten, des Kultusministers Falk. Trotzdem besah

für die politischen Unterredungen zu gewinnen. Abends fand unter dem Vorsitz Curzons ein Bankett der Regierung statt, an welchem außer den tschechischen Staatsmännern etwa 80 Persönlichkeiten teilnahmen.

Kleine politische Meldungen.

Graf Kanitz zur Mandatsüberlegung aufgefordert. Der Landesverband Ostpreußen der Deutschnationalen Volkspartei hat in seiner Vorstandssitzung den Grafen von Kanitz aufgefordert, sein Mandat unverzüglich niederzulegen.

Badische Presse und Reichstag.

Ein badischer Reichstagsabgeordneter schreibt uns:

Ans Anlaß der Verlegung der Reichstagsitzung von Donnerstag, den 18., auf Samstag, den 20. Oktober, richtete die Badische Presse scharfe Angriffe auf den Reichstag. Es hätte den Abgeordneten, so meint die Badische Presse, nicht gefallen, daß sie schon um 10 Uhr mit der Arbeit beginnen mußten, und trägt, ob sie am Vorabend mit dem Verbrauch ihrer Diäten zu tun gehabt hätten und so hat dieses herrliche Parlament statt eines Bildes von Entschlossenheit und Zielbewußtheit ein jämmerliches Schauspiel von widerlichem Parteigehäm und von mangelndem Verantwortungsgesühl.

Diese, für viele Abgeordneten kränkenden Darlegungen kamen mir erst heute zu Gesicht, sonst hätte ich schon früher geantwortet.

Es ist unklar und ungerade, wenn die Presse behauptet, daß den Abgeordneten zu früh sei, wenn sie um 10 Uhr zur Sitzung kommen mußten. Die Plenarsitzungen des Reichstages beginnen meistens um 2 Uhr mittags, die Kommissionssitzungen aber um 10 Uhr morgens. So war es in Friedenszeiten und so ist es heute noch. Zum Studium der umfangreichen Vorlagen, Petitionen und Posteingängen bleibt nur die Zeit vor 10 Uhr morgens und nach dem Plenum abends. Dazu kommen noch die Fraktionsitzungen. Die Abgeordneten, die die dornenbelle Kommissionsarbeit leisten, haben fast tagtäglich eine Arbeit von 10 bis 12 Stunden zu leisten.

Und nun der Hinweis auf die Diäten. Warum auch nicht, die Badische Presse will sich wohl damit populär machen? Ich gebe ihr aber den guten Rat, sich einmal nur einen Monat lang bei meinen Abendausgängen anzuschließen und dann wird sie merken, daß der Abgeordnete mit den Diäten keine „langen Abende“ machen kann. Ist aber auch gar nicht nötig. Die Stimmstimm, und die Badische Presse betet ja Herrn Simons förmlich an, läßt schon seit geraumer Zeit immer wieder die Diäten der Abgeordneten aufwachsern. Gewisse Kreise möchten die Diäten überhaupt abschaffen, damit nur noch Bankier, Großkapitalisten und Großagrariern ein Mandat annehmen können. Das ist das wahre Ziel und darum immer wieder der Diäten-Sinnes.

Praktisch liegen die Dinge folgendermaßen. Die Diäten sind a. H. so bemessen, daß nur reiche Leute, Staatsbeamte und Angestellte von Organisationen ein Reichstagsmandat annehmen können. Die freien Berufe sind fast ganz verschwunden. Und warum? Weil ein Angehöriger der freien Berufe mit den heutigen Diäten einfach nicht auskommen kann. Ist das, so frage ich die Badische Presse, ein würdigenwerter Zustand?

Und nun zum Parteigehäm und mangelnden Verantwortungsgesühl. Es ist richtig, diese Tage waren nicht schön. Sowohl von rechts als auch von links ist gefehelt worden. Wie kann die Badische Presse aber allen Abgeordneten so schwere Vorwürfe machen, wo ihr doch wohl bekannt ist, daß die Zentrumspartei — für die anderen Mittelparteien brauche ich ja nicht zu antworten — alles getan hat, um die von Rechtskreisen ausgelöste Krise so rasch wie möglich zu überwinden? Mit ihrer Pauschalverleumdung richtet sich die Badische Presse selbst. Und Item, hat nicht die Badische Presse gegen diejenigen Staatsmänner und Parteien, die vom November 1918 bis November 1922 ununterbrochen eine verantwortungsvolle Poli-

Pfarrer Sender einen gewissen seelzergerischen Zug, er wünschte die Leute seiner Gemeinde glücklich zu sehen. In anderen Zeiten wäre er ein trefflicher Priester geworden, aber seine übertriebene Ehrfurcht vor der Autorität des Staates, sein starker, gänzlich hemmungsloser Ehrgeiz überdeckten seine rein priesterlichen Eigenschaften dermaßen, daß er zu Fall kommen mußte. Bereits seit Jahren beobachtet er die Entfaltung der Altkatholiken, und tief im versteckten Winkel seines Herzens war er längst, mehr unbewußt als bewußt, entschlossen, bei einem Aufbruch des Staates der romfeindlichen Kirche beizutreten und sich mit einer guten Fründe oder einem hohen Posten hierfür belohnen zu lassen. Der Landrat durchschaute den Charakter des Pfarrers und hatte gerade ihn für heute eingeladen.

Wald nach dem sehr prächtigen Abendessen erludete Sitten seine Gäste, ihn in sein Arbeitszimmer zu begleiten. Hier wurden Zigarren und Liköre angeboten und schließlich große Bierkrüge hinzugebracht, die der Herr Landrat höchstselbst festschüttelte; denn köstliches bayerisches Bier stand in überreichen Krügen auf dem Tisch. Der Hausberg lenkte wie von ungefähr sein Gespräch auf die schwebenden religiösen Fragen. „Bei der Zusammenstellung dieser Gesellschaft lag es auf der Hand, Graf Heinrich Lannenberg glaubte auf den Köder anzubissen zu müssen: „Weiter Herr Landrat, wie steht es mit unserer Landeskirche? Haben Sie einen Bischof gefunden?“

Da horchten alle gespannt auf. Sender taute unruhig an seiner Zigarre; dahin ging also die Rede heute.

Herr v. Sitten wich in seiner Antwort vorsichtig aus: „Meine Herren, es sind tatsächlich sehr günstige Aussichten für die Begründung einer Landeskirche vorhanden, ich denke, Sie werden alle daran Interesse haben; ich bitte Sie, meine Mitteilungen streng vertraulich zu behandeln.“

ist getrieben haben, mehr wie einen unabweisbaren und ungerechten Kräfte geschrieben. Sie klärte einmal in Ihren Bahngängen nach!

Und nun zu den Abgeordneten, die an dem fraglichen Donnerstag gefehlt haben. Vom Zentrum war ein Abgeordneter an Lungenerkrankung erkrankt, ein anderer hielt sich in wichtiger Angelegenheit in Rumänien auf, einer noch auf der Konferenz des internationalen Arbeitsamts und eine Anzahl rheinischer Abgeordneter waren im besetzten Gebiet. Hat die Badische Presse kein Verständnis dafür, daß es a. H. unter Umständen wichtiger sein kann, wenn ein Abgeordneter im besetzten Gebiet ist, als in Berlin? Und da der Verkehr im besetzten Gebiet äußerst mangelhaft ist, so war es verständlich, wenn Zentrumsabgeordnete beim besten Willen nicht möglich an der so bedeutungsvollen Abstimmung teilzunehmen. Vielleicht fühlte sich die Badische Presse veranlaßt, ihren Lesern diese Tatsachen mitzuteilen. Oder hält sie ihre Verdächtigungen und Verleumdungen aufrecht? Bei ihrer Einstellung gegen das Zentrum ist das anzunehmen. Die Zentrumsabgeordneten des besetzten Gebietes werden aber trotz dieser Verleumdungen das tun, was sie für nötig halten. Die übrigen Mitglieder des Zentrums aber waren anwesend, bis auf einen inoffiziellen Landwirt. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Aus dem sozialen Leben.

Zum Beamtenabbau.

Berlin, 24. Okt. Die im Reichsfinanzministerium stattgefundenen Besprechungen über die in diesem Ministerium ausgearbeiteten Vorschläge über den Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben haben zu keiner Einigung geführt. Die Spitzenorganisationen wiederholten ihre Erklärung, daß sie gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen die ersten Bedenken hätten und deshalb bei aller Würdigung staatspolitischer Notwendigkeiten, die ihnen bekannt gegebenen Vorschläge einmütig ablehnen müßten.

Stellung der bad. Beamtenhose zum Beamtenabbau.

Karlsruhe, 23. Okt. In einer kürzlich hier abgehaltenen Konferenz des badischen Landesauschusses des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurde u. a. folgende Entscheidung angenommen: Um der bestehenden organisationspolitischen Zersplitterung der deutschen Gesamtbeamtenhose, den Gefahren des kommenden Personalabbaues, namentlich für die unteren und mittleren Berufsgruppen und um dem persönlichen Ausgabetat der Verwaltungen der staatsrechtlichen Beschäftigten zu steuern und um den Beamten für den entscheidenden Wirtschaftskampf als Kur-Verbraucher frei zu machen, sind folgende beamtenpolitische Maßnahmen notwendig: 1. Verminderung der weder im Interesse des Personals noch im verwaltungsseitigen Interesse gelegenen 13 Klassen des Besoldungsgebietes; 2. Abbau der prozentualen Zulagen; 3. Verkürzung der Besoldungsspannungen von Gruppe 3 zu 13 auf ein soziales Verhältnis; 4. Umstellung und Vereinheitlichung der Beförderungskriterien der Verwaltungen unter Verminderung der vielen Prüfungen, namentlich der unteren Besoldungsgruppen.

Landwirtschaft.

Die Bekämpfung des Frostspanners. Ein gefährlicher Feind der Obstplantagen ist der Frostspanner, ein kleiner Nachtmetterling, dessen Raupe schon manche Obstbäume vernichtet haben. Lange Jahre hindurch besorgte die Natur durch die strengen Winterkälte die Vernichtung des Schädlings, der zwar nie vollständig ausgerottet, jedoch nur vereinzelt gesehen wurde. Begünstigt durch den letzten milden Winter zeigte er sich aber im Frühjahr in großer Menge. Jetzt ist die beste Zeit zur Bekämpfung des Schädlings. Das Weichen, das nur kurze Flügel hat und infolgedessen nicht fliegen kann, bewegt sich am Baumstamm in die Höhe, um dort seine Eier abzulegen. Diese Tätigkeit wird zur Bekämpfung des Frostspanners benötigt und es ist deshalb an die Obstbäume die Klebgürtel anzulegen.

Diese Redensart war eigentlich überflüssig, denn der Landrat glaubte die Herren gut geküßt zu haben. Nur über den Standpunkt des Freiherrn v. Söllinghausen war er im unklaren. Es war ihm bekannt, daß er sich Katholik nannte und auch am Gottesdienst teilnahm, aber es war ebenjotig bekannt, daß er andererseits ein etwas leichtsinniges Leben führte und sich jederzeit in Geldsorgen befand. Aber gerade so einen, der nach außen als rechtgläubig galt, brauchte er. Graf Heinrich Lannenberg und der Pfarrer von Heiligenberg waren liberal gesinnt, die anderen Herren waren, wie er, nach Herdentriebe verkehrte preussische Beamte.

Als niemand etwas erwiderte, begann der Landrat mit halbblauer Stimme von einem Geheimverbot aus Berlin zu reden. Die Landräte sollten mit ihnen geeigneten erscheinenden Persönlichkeiten Fühlung nehmen zwecks Ausbreitung einer Landeskirche in der Form einer großen christlichen Universitätskirche. Auch die Katholiken gab er bekannt, eine Verschmelzung der protestantisch-lutherischen Kirche mit den von Rom unabhängigen katholischen. Eine Episkopalkirche mit Bischöfen an der Spitze, unter dem obersten Bischof, dem preussischen König, vereinigt, wie die russische Kirche mit ihrem Zaren. Eine eine Viertelstunde mochte der Vortrag gedauert haben, der, wenn auch ruhig und überlegt wiedergegeben, doch in den einzelnen Gemütern Sturm erregte. Merkwürdigerweise wußte zuerst der Superintendent große Bedenken vorzutragen, er fürchtete für das eigentliche Lutherturn; ihm schloß sich der Schulmann an, aber der Landrat schien wenig Wert auf ihre Äußerungen zu legen — mit denen würde Berlin schon fertig werden. Aber die Katholiken!

(Fortsetzung folgt.)

Katholiken! Werbt für Eure Presse!

Die La

Abflauen der vom Reichswehr gegen Gewerkschaften... Hamburg, 24. Okt. Des Bahnhoofs Varrick... heute früh durch dem Widerstand... des Angriffs habe stand nördlich der... den sie durch... Stellung gemacht... Stelle mehr von... Dagegen beunruhigt... Nachsichten durch... wieder die Bewill... mungssaktion im G... sich viele Kritik... haben.

Hamburg, 24. Okt. ist der Kreuzer... boots-Flotille im... Die Gewerks... in der der von der... rühr als Verber... schaft bezeichnet... Berlin, 24. Okt. von Samburg... Wandsbeck und... befinden, neuen d... set.

Offenbach a. M. fern nachmittags... stration der Erwer... ten sich Menschen... und der Krankfur... greifbe Saltung an... Schüsse ab im... Bis zum Abend h... jedoch zu weiter... nicht gekommen.

Stettin, 25. Okt. nervöse Spannung... angehebert. Auf... den Oberwerken... kenz getreter und... Belastungen auch... mündende Gewe... Kurfürst, in dem e... tuell mit Tod e... Köln, 25. Okt. Iosenbergschlacht... schen Stadtviertel... denen die Polizei... bewahrt die Polizei... Prifetts. Diese m... brauch machen, wo... worden sind.

Von R

Stille... Gelsenkirch... das kommenden An... westfälischen Indu... Es ist außer... legischen restlos... bert werden. Es

Aus d

Wenn das Wend... immer einen Feiertag... nicht nur von o... mehr mit jedem Auf... hat Wendung an d... wird es immer w... grauen Haar noch... Mutterbit und f... man muß jedes W... Mutter nicht autom... fügen Liebe zum W... aufeinander eingest... im Geiste der Musi... zu Wort. Man wic... weit gehen müssen, u... denn dies war G... men schöpferischen Oe... umbelebende Brach... (so kontablie) des G... verstanden es da... rühren oder auch in... schal, cantante e tra... bleibt die Feinheit des... meist eigni, und die... Schmierigkeiten Passagen... Die sehr zahlreichen... auß mit außergewöhn...

Zanab

Endlich eine Tä... die man als eine... Strömungen einer... Schwand nimmt eine... Durchsichtigkeit zur... Die politischen Körp... prädestinierte. Die... in ästhetisch gesteig... der Kirche erfüllt. I... meren Absichtus i... Gespürer braucht... setzen natürlicher W... Kraft, ganz Gefäß... maßes, was das Au... fähert, und ein ga... fähert, die die geist... gang vom Zweckhaft... sind a. B. die Arme... politisch-längeren... die Hand für sich... ausgedrückt scheint.

Chronik.

Baden. Von der Insel Reichenau, 24. Okt. Zu ganz üblen Szenen kam es am letzten Samstag und Sonntag auf der Insel Reichenau, wo bei dem neuen Wein Hochbetrieb herrschte. Trotz der sehr hohen Preise mußte man sich wundern, daß es noch so viele Leute gibt, die Geld in Hülle und Fülle zum Weintrinken haben. Aber schließlich ist man es mit der Zeit gewöhnt, daß die einen Geld mit den Händen zum Fenster hinauswerfen und in Sauf und Braus leben, während Tausende und Abertausende nicht einmal wissen, wo sie das Geld für das tägliche Brot beibringen sollen. Ganz ungläubliche Vorgänge spielten sich aber denn nach Wirtschaftskreisen ab, wo die Weintrinker überall herumkorkelten und sich betrunken. Aus den Weinbergen wurden Hunderte von Rebstöcken herausgerissen und auf die Straße geworfen. Auch die Weinlichkeit fehlte bei den Festgelagen und bei dem Nachspiele nicht. (Die Alkoholabschreitungen, von denen man auch im badischen Oberland und in den Sonntags-Abendzügen Kunde sein kann, werden ein frühes Bild auf die moralische Verfassung des deutschen Volkes. Daß die indifferente Jugend dem schiefen Vorbild, das sich, wie in Reichenau, in der Öffentlichkeit abspielt, unterliegen muß, ist klar. Das reiche Amerika kam zum Alkoholverbot; das arme Deutschland betrinkt sich, und nur, weil eine besessene Speichergewinnung und unangebrachte Zurschauflichkeit vor den notwendigen Konsequenzen zurückfährt. Außerordentliche Zeiten, daß die herrschen, wird niemand leugnen wollen, erfordern außerordentliche Maßnahmen!)

Weinheim, 23. Okt. Einer der bekanntesten badischen Industriellen, Geheimrat Kommerzienrat Hermann E. Freudenberger, der Seniorchef der Firma Karl Freudenberger, der hiesigen Lederfabrik ist in der Nacht zum Montag gestorben. In dem bedeutenden Aufschwung der Firma hatte der Verstorbene ganz besonderen Anteil.

Mannheim, 23. Okt. Die Ehrenbürgerin der Stadt Frau Scheimerat Julia Lang konnte gestern in rührender Gegenwart ihres 80. Geburtstages feiern. Sie ist eine geborene Mannheimerin, Tochter des Kaufmanns Philipp Paul und hatte sich im März 1845 mit Heinrich Lang, dem Begründer der gleichnamigen großen Firma, vermählt. Die ihr zur Verfügung stehenden großen Mittel hat Frau Julia Lang der Wohltätigkeit zur Verfügung gestellt. Eine Reihe großer öffentlicher Leistungen sind mit ihrem Namen und mit ihrer Unterstützung auf das Engste verknüpft.

Sahr, 24. Okt. In Sahr ist es, wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, im Laufe des gestrigen Tages und der letzten Nacht zu weiteren Ausschreitungen nicht gekommen. Die in verschiedenen badischen Orten umlaufenden Gerüchte über Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten sind unrichtig.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 24. Okt. (Währungsnotiz) Für den heutigen Devisenverkehr war die Tatsache von einiger Bedeutung, daß die Reichsregierung die Nachricht von einer Steigerung des Marktkurses an der gestrigen New Yorker Börse bis zur Dollarparität von 45 Milliarden amtlich verbreiten ließ. Man entnimmt daraus, daß die Interventionstätigkeit der Reichsbank sich auch auf einzelne Auslandsbörsen erstreckt. Heute schwankten die Kurse der Goldanleihe im Freibriefverkehr zwischen 64 und 66 1/2. Die Effektenbörse erhielt eine starke Anregung durch die überraschend starke Goldflut, die im Laufe des heutigen Tages eintraf. Man zahlte für tägliches Geld 3 bis 8 Prozent.

Karlsruher Börse, 24. Oktober 1923. Getreide und Mehl. Der Markt ist still. Geschäfte sind aber immer mehr in Erscheinung tretenden Geldknappheit

wegen unruhig. Dazu kommt die unsichere politische und wirtschaftliche Lage, die den engen Rahmen des Geschäftsfeldes noch mehr einschränkt. Es können folgende nominelle Preise genannt werden: Weizen 275-300 Milliarden, Roggen 200-220, Gerste 200-210, Hafer 200-210, Weizenmehl 485-500, Roggenmehl 420-430, Kleie, je nach Fabrik 75-110, Malzkeime und Bierschrot, ohne Sad ca. 80 Milliarden. Alles in Papiermarkt auf wertbehaltender Basis. Fruchtparität woggenfrei Karlsruhe, Wein und Spirituosen. Als wichtigste Erscheinung kann festgehalten werden die fast reiflose Umstellung der Preise in Goldmark. Im Spirituosen entwickelte sich infolge der hohen Preise wenig Geschäft. Für Wein hätte man nennen: Alter Rheinwein per Liter ohne Steuer 50 Goldpfennige, alter Rotwein per Liter ohne Steuer 70-75 Goldpfennige. Kolonialwaren. Die Goldmarkpreise haben sich gegenüber der letzten Börse nicht verändert.

Antleihe Berliner Devisenkasse, 24. 10. 23, mitt. 2 Uhr. Table with columns for location (Amsterdam, Brüssel, etc.), gold price, and exchange rate.

Berlin. Die Kurse verstehen sich für 100 Millionen. Table with columns for commodity (Hanag, Lloyd, etc.), price, and exchange rate.

Schlüsselzahl der Reichsbahn. Vom Donnerstag, den 25. Oktober, ab wird die Schlüsselzahl der Reichsbahn für den Personen- und Gepäckverkehr auf 1 1/2 Milliarden erhöht. Die bei den Stationen ausgehängten Umrechnungstabellen für eine Schlüsselzahl von 1,5 Millionen Mark werden unter Berücksichtigung der Erhebungsbeträge beseitigt. Monatskarten für den Monat Oktober werden vom 25. Oktober ab nur zum neuen erhöhten Preis ausgegeben. Bis dahin gelöste Monatskarten behalten ihre Gültigkeit. Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 22.-24. Okt. gelöst sind, kann die Fahrt an einem beliebigen Tag innerhalb der vierstündigen Geltungsdauer, also gegebenenfalls auch nach dem 25. Okt. angetreten werden. Das gleiche gilt für Reppelfarten und Reppelfarten in umgekehrter Richtung, auch für Beförderungsscheine für Schulfahrten. Eine Verlängerung der vierstündigen Geltungsdauer dieser Fahrarten tritt durch die Maßnahme nicht ein. Fahrkarten zum jetzigen Preis werden nur bis zum

Schluss der Schalter am 24. Oktober, also spätestens bis nachts 12 Uhr dieses Tages ausgegeben. Für Fahrkarten des Mittel- und Osteuropäischen Reisebüros, die vor dem 25. Okt. gelöst sind, ist der Preisunterschied ab 28. Okt. nachzugehen.

Wirtschaftszahlen. Dollar in Berlin am 24. Oktober (amtlicher Kurs) 62 842 5 (Gold); 63 157 5 (Brief). Der Frankfurter Dollarfuß ist derselbe wie der Berliner. Goldmark am 24. Oktober: 15 037 500 Papiermark. Bad. Einzelhandel: 15,5 (Vortrag: 14 Milliarden).

Das Steigen der Leuerung in Baden und Karlsruhe. Die Landesregierung stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes für den 22. Okt. auf 35 805 633,99 (1913/14 = 1). Die Steigerung gegenüber der Vormoche (706 504 498) beträgt somit 534,6 Prozent. Ohne Bekleidungslohn stellt sich die Indexziffer auf 3 882 611 503,95 (1913/14 = 1). Die Steigerung gegenüber der Vormoche (583 623 643) beträgt somit 561 Prozent.

Der Dollar 100 Milliarden! Von der Berliner Börse wird uns geschrieben: Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Börse die unpolitischste Einrichtung ist, die man sich überhaupt vorstellen kann. Aus inneren und äußeren Schwierigkeiten des Landes und Volkes wird schamlos Kapital geschlagen. In dieser gegenwärtigen Notlage des Deutschen Reiches hat das Spekulationsinteresse nichts eiligeres zu tun, als sich in Sicherheit zu bringen, das Reich auch noch von der wirtschaftlichen Seite her zu unterhöhlen und die Mark in abgründige Tiefen zu schleudern. So ist es jetzt dazu gekommen, daß der Dollar bis zu 80 und 100 Milliarden Mark „geprochen“ worden ist. Die New Yorker Börse hat eine geradezu groteske Form angenommen. Eine Goldmark schwankt jetzt zwischen 10 und 25 Milliarden, eine Papiermark aber ist kaum mehr fünf Pfennige wert. Die Anleihen der Reichsbank hat in den Spekulationskreisen gar nichts anderes bewirkt, als daß man sich jetzt nur noch um so rascher von der Papiermark trennt. Die Reichsregierung ist nun dazu übergegangen, einen Einheitskurs, den übrigens die Banken selber vorschlagen haben, für ausländische Zahlungsmittel festzusetzen. Man hat zu diesem Schritt greifen müssen, trotz früherer ablehrender Erfahrungen, aber die Lage ist heute eine derartige, daß die Gefahr der Rückkehr von Mark in größerem Ausmaß an das Ausland und der damit verbundenen erneuten Markverflechtung nicht mehr in dem Umfange als früher vorhanden ist. Denn das deutsche Geld ist inzwischen derart miserabel geworden, daß seine Annahme im Ausland immer mehr verweigert wird. Wenn nun auch noch von innen heraus die Zurückweisung der Papiermark erfolgt, und wenn was wir jetzt beobachten können, der ganze Großhandelsverkehr fast, weil die Mark dort nicht mehr angenommen wird, dann müssen wir in diesem phantastischen Zerfall kommen, wie wir ihn jetzt beobachten. Aber noch ein anderes ist gegenwärtig wahrzunehmen, nämlich eine, im großen Maßstab vollzogene Massenabwanderung der Papiermark in ausländische Devisen, die nicht nur in inländische, sondern auch in ausländische Treasuries fließen. Alle diese Dinge sind sehr schlimme Vorzeichen für das Schicksal der kommenden Rentenmark, und trotzdem muß jetzt die Reichsregierung mit allem Nachdruck die Ausgabe dieser Reichsmark, oder doch die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für die Zwischengänge, betreiben.

Generalversammlung der Badener Aktien-Gesellschaft. Die Badener Aktien-Gesellschaft für gründerlose Frührentenverwertung hielt am 20. Oktober in Karlsruhe eine außerordentliche Generalversammlung ab. Gegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag einer weiteren Kapitalerhöhung um 75 Millionen, und zwar 10 Millionen Stamm- und 65 Millionen Rekonstruktion. Der Vorstoß fand in der Generalversammlung, in der 10 000 Stamm- und 5000 Rekonstruktion vertreten waren, einstimmige Annahme. Ein Konsortium unter Führung der Süddeutschen Diskontogesellschaft in Mannheim, hat 26 Prozent der neuen Aktien übernommen, während

An unsere verehrl. Agenturen und Postbezieher!

Wir bitten wiederholt auf das dringendste, bei Postschekzahlungen auf den Abchnitt der Betreffenden und Art der Zahlungen neu anzugeben, da ohne diese Angaben für eine genaue Gutschrift keine Garantie übernommen werden kann und unliebsame, irrtümliche Mahnungen, hohe Postkosten usw., die unausweichlichen Folgen sind. Die Geschäftsstelle des Bad. Beob., Adlerstraße 42.

der Rest im Interesse der Gesellschaft verwendet werden soll. Dem Wunsch zur Ausübung eines Bezugsrechtes, der auch in der Generalversammlung von einem Aktionär zum Ausdruck gebracht wurde, konnte nicht entsprochen werden. Vonseiten des Aufsichtsratsvorsitzenden, des Herrn Konrad Menginger, wurde darauf hingewiesen, daß die entsprechende Entwicklung der Gesellschaft, der die neue Kapitalerhöhung dienen soll, den Aktionären einen höheren Gewinn einbringe, als die Erhöhung eines Bezugsrechtes. Die Gesellschaft habe den größten Wert darauf gelegt, einer Verwässerung des Aktienkapitals vorzubeugen. Gerade der Mitwirkung des Konsortiums, das 26 Prozent der neuen Aktien übernommen habe, sei es zu verdanken, daß die Badener Aktien-Gesellschaft die großen Mittel in die Hand bekam zum Einkauf von Rohmaterialien für die rasch angewachsene Produktion. Ohne diese Mitwirkung wäre es nicht möglich gewesen, bei dem diesjährigen Obstmarkt genügend Rohmaterial zu beschaffen. Man sei diesen Herbst zum Bezug von Obst aus dem Ausland angewiesen gewesen. Erleichterung sei es gelungen, für alle vier Fabriken der Gesellschaft so viel Ware anzuschaffen, daß man für das nächste Jahr, für das heute schon große Bestellungen vorliegen, jeder Nachfrage gewachsen sein dürfte. Wie der Vorsitzende weiter feststellen konnte, hat sich die Badener Aktien-Gesellschaft auf einer geliebten Basis überaus gut entwickelt, ein Vorteil, der auch den Aktionären in seiner Auswirkung zugute kommen wird. Einmütig wurde ferner beschlossen, folgende Herren mit dem Aufsichtsrat zu wählen: Bankdirektor August Menginger, von der Süddeutschen Diskontogesellschaft in Mannheim, Jakob Bittel, Großkaufmann in Mannheim, Direktor Jakob in Stuttgart, Arthur Baumann von der Garmisch-Partenkirchener Aktien-Gesellschaft in Freiburg und Direktor Jakob Haid von der Badischen Strömungs- und Kraftwerke AG in Karlsruhe. Ferner wurden einige Statutenänderungen angenommen, von denen eine den Zweck hatte, einer Überforderung des Aktienkapitals vorzubeugen. Mit dem Dank an den Vorstand für seine außerordentliche Geschäftsführung schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Die örtliche Leuerungszahl für Karlsruhe stellt sich an gleichen Stichtag auf 419 258 200 000 Mt. ohne Bekleidung und auf 493 527 430 769 Mt. mit Bekleidung. Unter Zugrundelegung der Karlsruher Leuerungszahl von 1913/14 errechnen wir einen Karlsruher Index von 4 625 807 768. Die neue Karlsruher Leuerungszahl ohne Bekleidung weist gegenüber der Vormoche eine Steigerung von 588,93 Prozent auf, während der Index selbst um 505,77 Prozent gestiegen ist.

Goldumrechnungskurs für die Steuern. Der Goldumrechnungskurs für die Reichssteuern ab 24. Oktober 1923 beträgt 13 300 Milliarden.

Wetterbericht der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 26. Oktober: Nur vorübergehende Nachlässe der Regenfälle; dann erneute Niederschläge, fortwährend mild. Wasserstände des Rheins am 24. Oktober: Schutterinsel 270, gest. 62; Rehl 261, gest. 30; Maxau 227, gest. 11; Mannheim 434, gest. 53.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Erhalten vor der künftigen Ausschüttung der November-Rente eine zweite Zwischenzahlung. Die Baranzahlung findet statt: a. in Karlsruhe beim Postamt 1 (Militärrentenreform) am Freitag, 26. Okt., von 8-12 Uhr vorm. und von 2-6 Uhr nachm., und am Samstag, 27. Okt., von 8-12 Uhr vorm., und 2-5 Uhr nachm., aber nur an diejenigen Rentenempfänger, die ihre Monatsrente beim Postamt Karlsruhe 1 abholen. b. in Karlsruhe Mühlhorn im Gasthaus zum Ritter am Freitag, 26. Okt., von 8-12 Uhr vorm. und von 2-6 Uhr nachm., aber nur an diejenigen Rentenempfänger, die ihre Monatsrente beim Postamt Karlsruhe Mühlhorn abholen. Zum Empfang des Geldes berechtigt der Ausweis, der zu jedem Rentenempfänger beim Postamt erforderlich ist, sobald die Abholung auch durch Beauftragte erfolgen kann. Diejenigen Empfänger, denen die Rente ins Haus gebracht oder auf ein Bank- oder Sparkonto überwiesen werden, erhalten die zweite Zwischenzahlung mit der November-Rente in der bisherigen Zahlungsweise. In den Vororten von Karlsruhe und in denjenigen Orten, in welchen Baranzahlung nicht erfolgt, erhalten die Verstorbenenberechtigten, die ihre Monatsrente bei der Post abholen, die zweite Zwischenzahlung ins Haus zugestellt. Karlsruhe, 24. Oktober 1923. Verleugnungsbauamt.

Erhöhung der Preise für Marktbrot. Mit Wirkung vom Donnerstag, den 25. Okt. d. J., treten folgende Preise in Kraft: ein 700 Gr. Einheitsbrot 2,5 Milliarden, ein 1100 Gr. Einheitsbrot 5 Milliarden. Karlsruhe, 25. Oktober 1923. Der Oberbürgermeister.

Trauerhüte. In jeder Preisstufe S. Rosenbusch. Kaiserstrasse 137. Telefon 3055.

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe. Durch den im Laufe dieser Woche eingetretenen ungeheuren Marktschwund und der dadurch bedingten gewaltigen Steigerung der Kaufkraft für die Sachleistungen (Wort, Apotheke, Krankenhäuser etc.) nur einigermaßen nachkommen zu können, sieht sich unsere Kasse gezwungen, den für die laufende Woche ursprünglich festgesetzten und unterm 20. d. M. veröffentlichten Höchstbetrag des Grundlohnes in der Krankenversicherung viermal zu verdoppeln. Der Höchstgrundlohn wird demzufolge für die laufende Woche 9600 (statt 4800) Millionen Mark täglich betragen. Dementsprechend werden sich die Grundlohn- und Beitragsätze der Beitrags- und Einzahlungstabellen vom 1. September 1923 auf das 1600fache erhöhen. Die Kassenteilnehmer werden sich im gleichen Maße erhöhen; jedoch freilich vom 5. November d. J. ab. Der allmählichen Festsetzung der Grundlohn- und Beiträge muß hinsichtlich der Reichsversicherungsbeiträge der betr. Woche zu Grunde gelegt werden. Es werden also künftig die Grundlohn- und Beiträge jeweils nach der Donnerstag zur Veröffentlichung gelangenden Reichsversicherungsbeiträge festgesetzt und von uns sofort bekanntgegeben; folge gelten dann rückwirkend vom Montag der betr. Woche ab. An der Invalidenversicherung sind ab 22. d. M. ebenfalls wesentliche Änderungen in den Lohnklassen und Wochenbeiträgen eingetreten. Tabellen hierüber sind bei unserer Kasserverwaltung erhältlich. Karlsruhe, den 24. Oktober 1923. Der Kassenvorstand.

Grosse Auswahl bester Solinger Taschenmesser, Rasiermesser, Rasierapparate, Rasierutensilien, Haar- und Bartschneidemaschinen, Scheren aller Art, Nagelpflege-Artikel, Tischbestecke, Tranchirmesser, Löffel, Geldscheintaschen, Damenschaschen, Geschw. Schmid, Kaiserstr. 88, Nähe Marktplatz, Einschlg. Reparaturwerkstätte und Feinschleiferei.

Nur fuchtige zuverlässige, Personen zum Einzählen des Abonnements sofort gesucht. Badenia, Adlerstraße 42.

Kath. Presseverein Karlsruhe. Wohltätigkeitskonzert des kath. Orchestervereins Karlsruhe zu Gunsten der kath. Presse im Eintrachtsaal am 25. Oktober 1923, abends 8 Uhr. Gesamtleitung: Oskar Baumann. Eintrittspreise: 1,00, 0,80, 0,50 Mt. ermäßigte Schlüsselzahl: 1.000.000.000. Vorverkauf: Schöner, Dörfler (Schiffbad), Dorer, Heber (Mühlbad), Schwarz, Franz (Wesf. Bad), Kern (Schiffbad), Remen (Mühlbad) sowie an der Abendkasse. Zum zahlreichen Besuch ladet freundlichst ein Der Gesamtvorstand.

Stellen-Vermittlung des Augustinus-Vereins. 4193. Jünger. Redakteur (aufgew.) mit fäh. Franz in allen Sprachen, bel. Volkswirtschaft, Kommunalpolitik, sowie Konverz. und Theaterkritik, sucht Stellung, am liebsten als politisch-wirtschaftlicher Redakteur. Bitte Zuschn. Off. an Gen.-Schr. Dr. Weibäcker, Düsseldorf, Talstraße 55. 4194. Redakteur gesucht für lokalen Teil, Kommunalpolitik und Unterhaltungsbeilagen. Gute und feste Verhältnisse, Stenographie und volkstüm. Schreibweise erforderlich. Offerten an Gelsenkirchener Zeitung, Chr. Münstermann, Gelsenkirchen. 4195. Für ein zweimal wöchentl. erscheinendes kath. Lokalblatt im Niederrhein, in augen. sändl. gehender Lage wird möglichst sofort ein junger, unverh. Redakteur gesucht, der auch sonstige Kontorarbeiten mit übernehmen kann. Off. an Gen.-Schr. Dr. P. Weibäcker, Düsseldorf, Talstraße 55. 4196. Jünger. unverh. Redakteur, der eine Zeitung frisch und volkstümlich gestalten kann, für 2mal wöch. erscheinendes Zeitungsbblatt im Rhein gesucht. Zuschn. Angeb. m. Bild an Gen.-Schr. Dr. P. Weibäcker, Düsseldorf, Talstraße 55.

St. Konrads-Kalender 1924. Unser Heimat- und Diözesankalender, der in keinem Hause fehlen darf! Grundpreis 15 Pfg. x Jeweil. Schlüsselzahl. Zu haben in den Buchhandlungen, bei den Kalenderverlegern u. unseren Agenten. Badenia, Karlsruhe Verlag und Druckerei.

Bereitstellung der Rente. Nur fuchtige zuverlässige, Personen zum Einzählen des Abonnements sofort gesucht. Badenia, Adlerstraße 42.

Sprengstoffe für alle Verwendungszwecke, auch Nitrit für alle Stochholzroben liefern wir zu billigen Tagespreisen. Anfragen sind unter Nr. 335 an den Bad. Beobachter zu richten.

Passbilder schnellstens und gut. Atelier Rausch & Pester, Erbsengrabenstr. 3. Stadtbücherei. Stadtbücherei. Stadtbücherei.

Bad. Landestheater. Donnerstag, 25. Okt. 7-9 Uhr. Sp. 1, 2, 3, 4. Abon. B. 5. Th.-G. B.V.B. Nr. 6801-7300. Der Marquis von Keith.

Bücher. Familienstandsliste. Staatsbürgerbücherei. Die immer tiefer sinkende Kaufkraft des Lohnes trifft in erster Linie die mittleren und größeren Familien. Mit vollem Recht darf der Verfasser hier die stark gewerkschaftspolitisch verurteilten Forderungen unserer heutigen Lohnpolitik auf und fordert aus volkswirtschaftlichen, sozialen, volkspolitischen und ethischen Gründen Familienstandslisten, deren Durchführungsmöglichkeiten eingehend geschildert werden. Zur Orientierung über diese brennende Frage unserer heutigen Lohnpolitik ist die Schrift gut geeignet. Zur Erinnerung an das erste deutsche Parlament. Frankfurt 1923. Frankfurt Sozialethikverlag. Eine kurze Lebensskizze zur Erinnerung an das 75. Jubiläum des ersten deutschen Parlaments in Frankfurt. Sie läßt in einer Reihe von Bildern und einem begleitenden Text die große Zeit wieder vor uns erschauen, die mit so hochgepannten Erwartungen begann und so feindlichen endete. Dr. Schall, Freiburg. Schließer macher Friedrich. Monologe. Mit Einleitung und erläuternden Anmerkungen herausgegeben von Dr. August Meiser. Stuttgart 1923. Verlag Strecker und Schröder. Grundpreis 1,50 Mt. mal Schlüsselzahl. Die Monologe Schließerachers, der in der protestantischen Theologie geradezu eine neue Epoche heraufführte, sind der Ausdruck eines originellen, zu fittlicher Schönheit und Milde durchgebildeten Charakters, eines Menschen, dem das fittliche Ideal Lebensaufgabe bedeutete. In ihrer Zeitüberlegenheit vermögen sie auch im modernen Menschen einen tiefen Eindruck wahrzunehmen. August Meiser hat sie mit trefflichen Anmerkungen versehen und stellt dem Ganzen eine feinsinnige Einleitung über Schließerachers Leben und innere Entwicklung voran. Dr. Schall, Freiburg.

Nr. 246. Bezugspreis (frei durch Zusage Nr. 1500) abh. in Karlsruhe wöchentlich. Abbest. nur bis zum 25. auf schluß erfolgt. Fernsprecher: Weich. Belegerin und Druck. Notationsbüro. Drahtab.

Die am gestrige halbe taggedundene Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Streich eines rührenden Botschaften. Der gegen besondere Einvernehmen und Gewissensberühmung vor 12 Uhr derte unrichtiger Hauptingung lam die Schutzpolizei sich genossam augenblicklich in Zimmer g ist es nicht gekommen. Nach einleitenden meißer Dr. C. mann das Wort. er fand die Not, die kraft in Erziehung seinem Volke diene, nen Handlungen in der scharifront der zehlich in den Dienst Kritik solle nicht der gierung unter so u arbeiten hatte, wie besser könne, solle rung kritisieren, solches Volk wieder be könne. Das deutliche und besseren nicht mut- und frast nur dadurch, daß man den an eine höhere an die Wiederherstell Nach dem Reichs die besetzten Gebiete grenzenlose Bedrück fälligkeit hin. Fern gebiete die die Polz tragen hatten und e Tätigkeit vor seiner gedachte Dr. Fuch drohen Bevölkerung der Separatisten in zurückziehen, ebeno habe, um die Bevölker paritäten zu schüben Gebiete, die sie vorgeworfen werde, rung tue alles, um die moralischen Unterfützungen zu geben. Sietauf geriff

Reichsta. von der Versammlung genden Ausführungen Deutsche Männer stehen wohl jetzt auf Rhein und Ruhr, e Waffen gekämpft w paratisten, gefestigte, das Rheinland ist ein Wortwort: feierlichen Erklärung Grundfragen des arnedealsput! Ende gemacht werde gleichen Kampfes hin u d Ruhr festsitz haben das Beispiel h halb auch an dieser iproden. Er gilt r der Schutzpolizei, w unter entliegendes Pflücht getan haben. Geispen der immer Erwerbslosigkeit, d

Reichsta. von der Versammlung genden Ausführungen Deutsche Männer stehen wohl jetzt auf Rhein und Ruhr, e Waffen gekämpft w paratisten, gefestigte, das Rheinland ist ein Wortwort: feierlichen Erklärung Grundfragen des arnedealsput! Ende gemacht werde gleichen Kampfes hin u d Ruhr festsitz haben das Beispiel h halb auch an dieser iproden. Er gilt r der Schutzpolizei, w unter entliegendes Pflücht getan haben. Geispen der immer Erwerbslosigkeit, d

Reichsta. von der Versammlung genden Ausführungen Deutsche Männer stehen wohl jetzt auf Rhein und Ruhr, e Waffen gekämpft w paratisten, gefestigte, das Rheinland ist ein Wortwort: feierlichen Erklärung Grundfragen des arnedealsput! Ende gemacht werde gleichen Kampfes hin u d Ruhr festsitz haben das Beispiel h halb auch an dieser iproden. Er gilt r der Schutzpolizei, w unter entliegendes Pflücht getan haben. Geispen der immer Erwerbslosigkeit, d